

Diskussionspapier

Forschungsgruppe EU-Integration
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale
Politik und Sicherheit



Tomislav Maršić

Das kroatische EU- Verhandlungsteam

Beitritt um jeden Preis?

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org

**Diskussionspapier der FG 1, 2007/ 10, Juli 2007
SWP Berlin**

Inhalt

Einleitung 2

Verhandlungsmanagement-Strukturen im Vergleich 3

Das estnische Verhandlungsmanagement 3

Das slowenische Verhandlungsmanagement 6

Das ungarische Verhandlungsmanagement 8

**Das kroatische Verhandlungsmanagement aus Vergleichsperspektive
11**

Die Folgen für das Parlament: Beitritt um jeden Preis? 16

Literatur 20

Einleitung

Diese Arbeit untersucht die Beitrittsverhandlungen Kroatiens und analysiert dabei institutionelle Antworten des jungen Staates auf die strukturellen Anforderungen der EU. Zum Vergleich mit bereits abgeschlossenen Beitrittsverhandlungen werden im ersten Teil die Verhandlungsstrukturen aus Slowenien, Estland und Ungarn nachgezeichnet.¹ Das kroatische Verhandlungsteam wird im Folgenden mit diesen Skizzen verglichen, um potentielle Probleme in dessen eigenen Strukturen zu identifizieren.² Die Arbeit schließt mit einer Diskussion der Rolle des Parlaments und Alternativen der Organisation der Beitrittsverhandlungen.

Beitrittsverhandlungen werden von verschiedenen, impliziten Normen begleitet.³ In diesem Diskussionspapier wird den konfligierenden Normen *Beitrittsgeschwindigkeit*, *parlamentarisch-demokratische Kontrolle* und *Einbindung von Interessenvertretern* besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da diese in den Ländern der letzten Erweiterungsrunde eine prominente Rolle spielten. Die gleichzeitige Realisierung dieser Normerfordernisse stellt insofern ein Dilemma dar, als normativ gesetzte Ziele gegeneinander abgewogen werden müssen, um den hierbei entstehenden Zielkonflikt einer Lösung zuzuführen oder zumindest so zu gestalten, dass nicht zu beseitigende Spannungen keine unüberwindbar nachteiligen Auswirkungen mit sich bringen. So induziert die Steigerung *parlamentarisch-demokratischer Kontrolle* durch die Inklusion des Parlaments in die Verhandlungsstruktur (aufgrund der damit einhergehenden Erhöhung der Zahl der Vetospieler⁴) negative Effekte in die Norm *Beitrittsgeschwindigkeit*, da Koordinationsprozesse und Entscheidungsstrukturen komplexer werden. Ebenso würde die Ausweitung der *Einbindung von Interessenvertretern* auf Kosten der *parlamentarisch-demokratischen Kontrolle* gehen, da diese Akteure für Partikular- und nicht Gemeinwohlinteressen stehen.

Vor diesem Hintergrund soll im Schlussabschnitt gezeigt werden, dass die kroatische Verhandlungsstruktur mit dem Ziel konzeptualisiert wurde, die Beitrittsverhandlungen mit der EU in Rekordzeit abzuschließen. Dieser Organisationsmodus stellt jedoch eindimensional auf exekutive Expertise ab und verstärkt somit bereits bestehende Kontrolldefizite des Parlaments gegenüber der Regierung. Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass strategische Änderungen im institutionellen Aufbau angestrebt werden sollten, um eine bessere Repräsentation und Integrati-

- 1 Die Fälle für die vergleichende Analyse wurden auf Grundlage des Forschungsprojekts 'Organising for EU Enlargement: A Challenge for the Member States and the Candidate States ("Managing Europe From Home")' ausgewählt, einer vergleichenden Studie von sechs Ländern, die Auswirkungen der EU auf Strukturen und Prozesse nationaler Politik untersucht (<http://www.oeue.net/>). Für den Zweck dieses Artikels wurde eine Zahl von ehemaligen Kandidatenstaaten der letzten Beitrittsrunde herausgegriffen, um von dem uniformen methodologischen Ansatz zu profitieren, der in allen drei Fällen angewandt wurde.
- 2 Zu diesem Zweck wurden Experteninterviews im Januar und Februar 2006 mit Beteiligten aller Ebenen des kroatischen Verhandlungsteams und des entsprechenden mit den Verhandlungen befassten Parlamentsgremiums („nationales Komitee“) geführt.
- 3 Mittels einer Diskursanalyse identifiziert Raik (2004: 567) als solche u.a. Unvermeidlichkeit, Schnelligkeit, Effizienz und Expertise.
- 4 Der Begriff des „Vetospielers“ geht auf die entsprechende Theorie von George Tsebelis zurück, der die Steuerungsfähigkeit politischer Systeme mit der Anzahl derjenigen Akteure verbindet, die befähigt sind, einen gegebenen policy-output zu verhindern (vgl. Tsebelis 2002).

on der kroatischen Bevölkerung durch das Parlament und eine weniger druckgeleitete Herangehensweise an die Beitrittsphase zu ermöglichen – ein Projekt, das nicht weniger bedeutet als die vollständige Umgestaltung des politischen Systems Kroatiens.

Verhandlungsmanagement-Strukturen im Vergleich

Das estnische Verhandlungsmanagement

Das estnische Verhandlungsmanagement war geprägt durch vergleichsweise flexible und informelle Arbeits- und Koordinationsprozesse, die gleichzeitig von einer starken Kontrolle und Führungsmacht der Regierung charakterisiert waren (Payne 2003: 30). Die Struktur war mit starken Fachministerien, die für die Rechtsharmonisierung, die Implementierung der Beitrittsagenda und die Beratung der jeweiligen Arbeitsgruppen des Verhandlungsteams zuständig waren, dezentral angelegt (Drechsler et al. 2002). Im Zuge der Verhandlungen verschob sich die politische Führung des Verhandlungsteams vom Außen- hin zum Premierminister, der das Management des Beitrittsprozesses kurz vor Beginn der konkreten Verhandlungen übernahm. Dies führte zu einem ‚fließenden Zentrum der Politikkoordination‘, das zwischen der Staatskanzlei und dem Außenministerium aufgeteilt war.⁵ Diese Entwicklung wurde damit begründet, dass die Beziehungen mit der EU zunächst als ‚auswärtige Angelegenheiten‘ aufgefasst wurden und sich später verstärkt in Richtung eines eigenen, eher innenpolitisch orientierten Ressorts entwickelten.

Der Premierminister war weitgehend in den Prozess involviert und im Rahmen des „Europatreffens“, in welchem das Kabinett beitriffsrelevante Themen diskutierte, für die Politikkoordination auf höchster Ebene zuständig.⁶ Ein neu geschaffenes Gremium unter Einschluss der relevanten Minister (‚Ministerkommission für EU-Angelegenheiten‘), diente unter dem Vorsitz des Premierministers zur Vorbereitung von Verhandlungspositionen zur Annahme durch das gesamte Kabinett (Brusis et al. 2000: 5). Das ‚Büro für Europäische Integration‘ unterstützte den Regierungschef dabei durch die Vereinfachung der Politikkoordination zwischen den Fachministerien mithilfe des ‚Rats der Führungsbeamten‘, der Abstimmungsprobleme unterhalb der Ministerialebene zu lösen hatte.

Das ‚Verhandlungsbüro‘ des Außenministeriums war für die gesamte

5 Zur Strukturierung der Analyse wird im folgenden zwischen Prozess- und Politikkoordination unterschieden (für ähnliche Unterscheidungen, s. Brusis 2000: 12; Davis 1997: 126ff.). Mit Prozesskoordination ist das Management von Abläufen und die Integration der wichtigsten Akteure am jeweiligen Punkt im Verhandlungsprozess gemeint. Politikkoordination beinhaltet die strategische Politikformulierung sowie die politische Koordination als das Aufrechterhalten der Funktionalität der koordinierten Gremien.

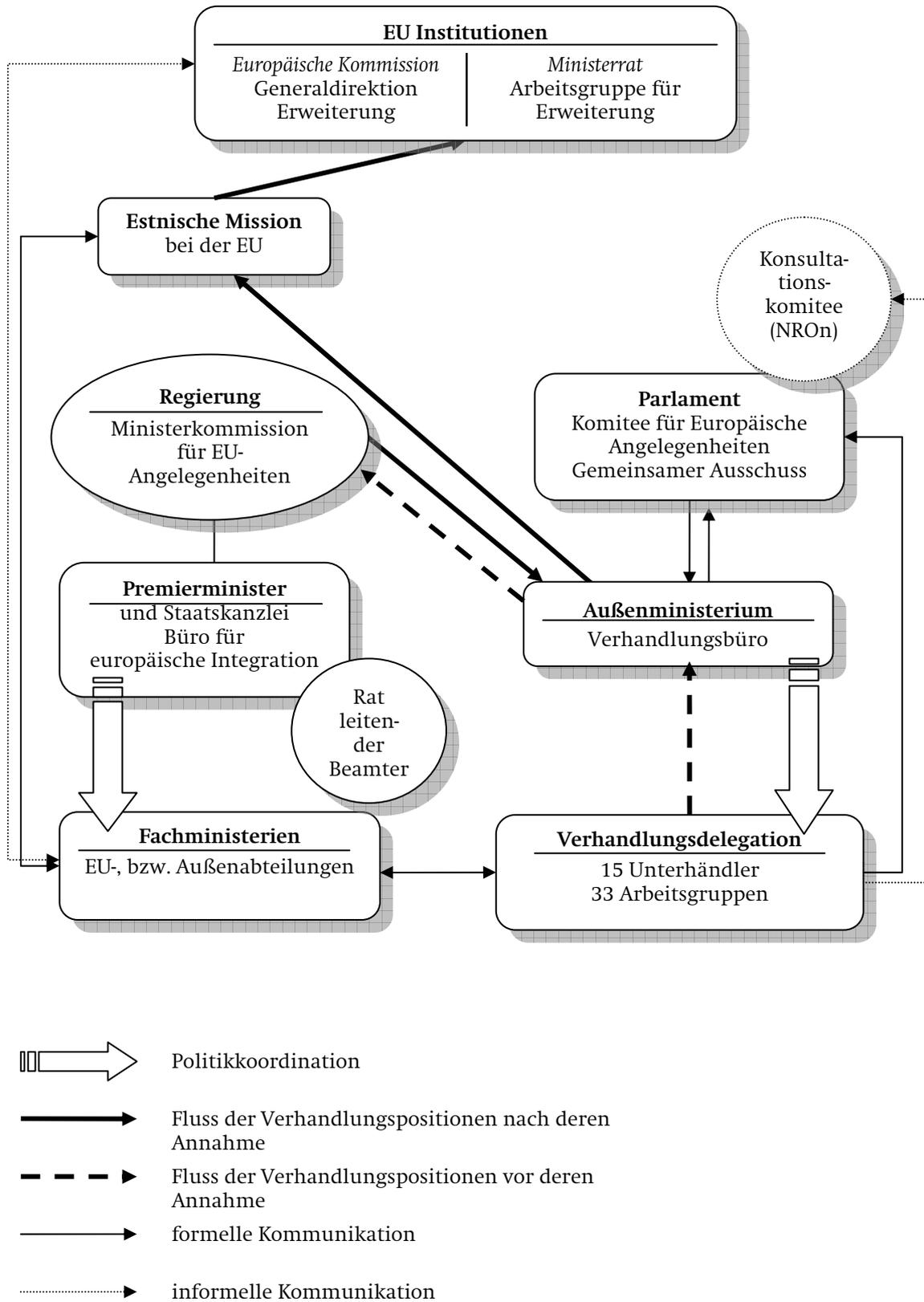
6 Das Ausmaß dieser Koordinierungsrolle variierte stark mit der Selbstwahrnehmung der jeweiligen Regierungskoalition. Während Premierminister Mart Laar (im Amt 1999-2002) mit einem Außenminister einer anderen Partei „kohabitieren“ musste, konnte sich sein Nachfolger Siim Kallas aufgrund der gleichen Parteizugehörigkeit wie sein Chefdiplomate mehr auf das inhaltliche Verhandlungsmanagement konzentrieren.

prozessbezogene Koordination und die Synchronisierung der Arbeit der Verhandlungsdelegation sowie der Arbeitsgruppen zuständig. Zu Beginn der Verhandlungen kanalisierte es die gesamte Kommunikation zwischen der nationalen und der EU-Ebene bis dieser Ansatz infolge von Übermittlungsverzögerungen und Kontaktproblemen zwischen den Ministerien und der EU kontraproduktiv wurde. Die Rolle des Parlaments bestand im Wesentlichen in der „Legitimationsbeschaffung“ und dem „Abstempeln“ der EU-Politik der Regierung. Das für die Beitrittsgespräche relevante ‚Komitee für europäische Integration‘ hatte zusätzlich zu den Vertretern der jeweiligen ständigen Ausschüsse weitere zwölf Mitglieder aller im Parlament vertretenen Parteien.

Eine der Hauptlektionen der estnischen Verhandlungen war, dass die „Geschmeidigkeit“ des Verhandlungsablaufs von der Qualität der persönlichen Kontakte der politischen Entscheidungsträger abhing. Von besonderer Bedeutung war dabei der direkte Zugang des Leiters des Büros für Europäische Integration zum Premierminister, um sich für die Schlichtung interministerieller Konflikte autorisieren zu lassen. Die besonderen Erfolgsfaktoren des Büros als wichtigstem Gremium horizontaler Prozesskoordination waren seine Flexibilität, seine geringe Größe, seine relative Offenheit und die Geschwindigkeit seiner Entscheidungsprozesse. Der dezentralisierte Ansatz mit starken Fachministerien half dabei unter den beteiligten Beamten isolierte ‚islands of excellence‘ zu vermeiden und war somit personalpolitisch auf eine möglichst breite Beteiligung und den Erfahrungsgewinn der Mitarbeiter angelegt. Gleichzeitig benötigte dieses System eine sehr effektive Prozesskoordination, da die Gefahr von Ungenauigkeiten in der Arbeitsaufteilung bestand.

Der oben genannte duale Charakter des ‚fließenden Koordinationszentrums‘ verursachte Probleme im Informationsaustausch, da einige Mitarbeiter über die Notwendigkeit „doppelter Berichterstattung“ klagten – zum einen der Staatskanzlei und zum anderen dem Außenministerium gegenüber. Schließlich zeigt das estnische Beispiel, dass sich die Etablierung informeller Kontaktwege als notwendig erweisen kann. Gleichzeitig sollten Prozesse aufgezeichnet und systematisiert werden damit ihr Informationswert der Organisation nicht verloren geht, wenn die befasste Person diese verlässt.

Abbildung 1: Verhandlungsstruktur Estlands



Quellen: Drechsler et al. 2002; Brusis et al. 2000; eigene Illustration.

Das slowenische Verhandlungsmanagement

Das slowenische Verhandlungsmanagement war geprägt durch einen hohen Formalisierungsgrad mit gleichzeitig hoher Transparenz als Folge der weit reichenden Integration gesellschaftlicher Gruppen und des Parlaments.⁷ Die Entscheidung, der EU beizutreten wurde von einem starken gesellschaftlichen Konsens getragen und schuf keine großen Kontroversen (Fink-Hafner 2002).

Die Entscheidung ein unabhängiges Regierungsbüro für Europäische Angelegenheiten einzurichten symbolisierte, dass EU-Integration im Verlauf der Verhandlungen nicht mehr als traditionelles außenpolitisches Thema begriffen wurde und somit auch nicht in ausschließlicher Verantwortung des Außenministeriums zu stehen hatte. Höhere Beamte führten die 31 Arbeitsgruppen, die in ihrer Gesamtheit das Verhandlungsteam bildeten. Das Team wurde explizit mit der Vorgabe aufgebaut, unabhängiger Expertise vor parteipolitischen Einflüssen zu schützen. Verhandlungspositionen wurden auf den Treffen aller Arbeitsgruppen koordiniert und mit umfassender Unterstützung der Fachministerien formuliert. Anschließend wurden die Positionen Regierung und Parlament zur Annahme zugeleitet. Alle Verhandlungspositionen wurden vollständig veröffentlicht.

Der Premierminister schenkte dem Verhandlungsalltag keine besondere Beachtung sondern konzentrierte sich auf strategische Fragen. Er hielt konstanten Kontakt mit den Schlüsselakteuren, insbesondere zu den relevanten Ministern bei den wöchentlichen „Europatreffen“ und schlichtete interministerielle Konflikte.

Der Hauptteil der Politikkoordination wurde vom ‚Regierungsbüro für Europäische Angelegenheiten‘ geleistet. Während das Büro zunächst im Außenministerium angesiedelt war, erhielt es schrittweise mehr Autonomie. Zudem spielte die Botschaft Sloweniens in Belgien eine wichtige informelle Rolle in dem entstehenden Netzwerk der slowenischen Wirtschafts- und Wissenschaftsverbände. Die Mission Sloweniens bei der EU hatte hingegen die Aufgabe, die reibungslose Kommunikation zwischen Ljubljana und Brüssel sicherzustellen. Ihre Experten waren hauptsächlich aus den Fachministerien rekrutiert und boten Analysekapazität und technische Unterstützung.

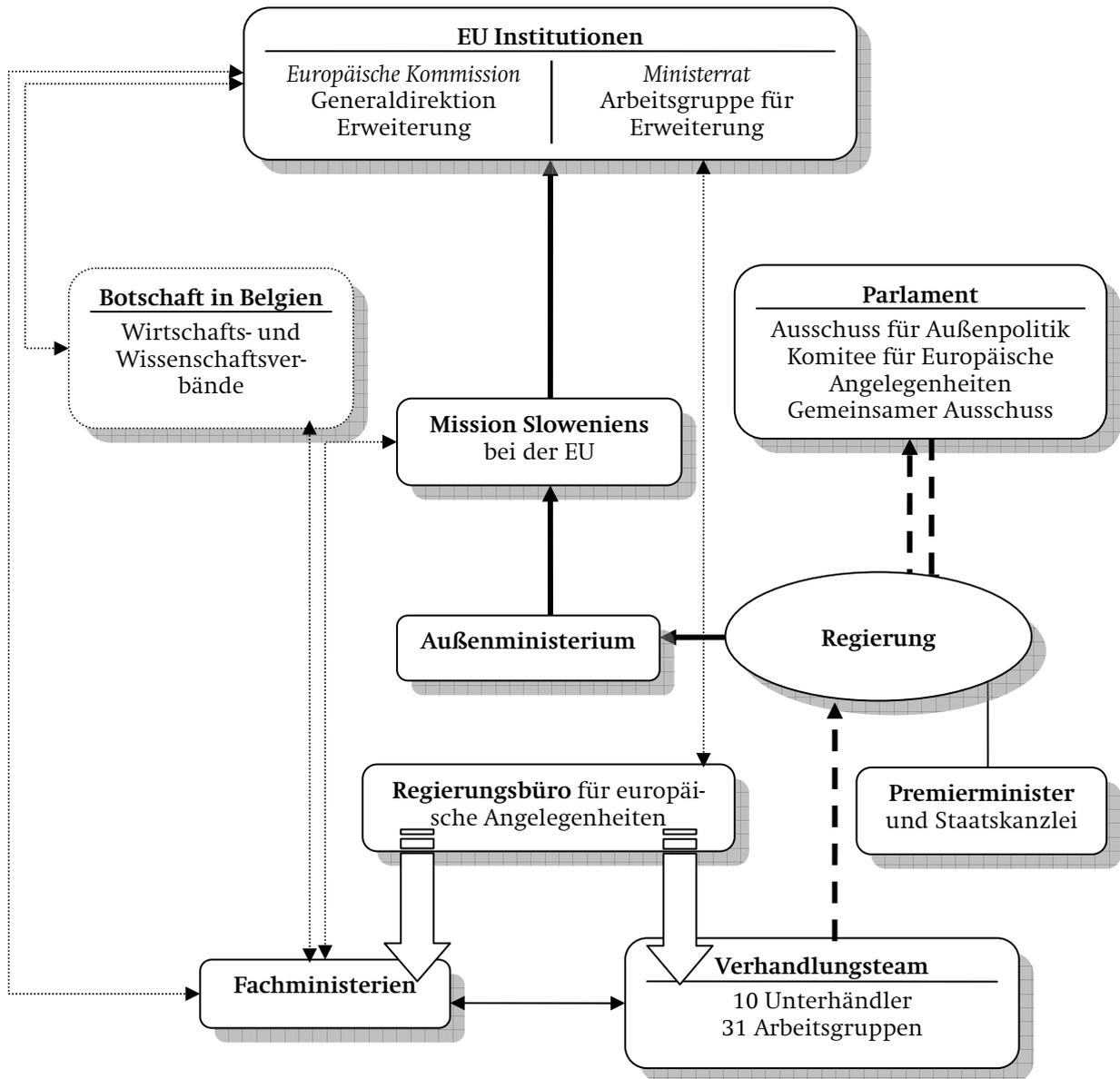
Das Parlament hatte eine vergleichsweise starke Position indem es gleichberechtigt mit der Regierung über die anstehenden Verhandlungspositionen entscheiden konnte, nachdem diese vom Ausschuss für Außenpolitik diskutiert worden waren. Während des Beitrittsprozesses blieben jedoch die Fachministerien die Hauptzentren der Artikulation nationaler Positionen, während die grundsätzlichen strategischen Fragen in die Zuständigkeit des Premierministers fielen. Der Außenminister fungierte als formeller Chefunterhändler und bestimmte die politischen Richtlinien, während der „Europaminister“ den eher technischen Bereich leitete. Trotz der zentralen Position des Regierungsbüros für europäische Angelegenheiten entwickelte sich in der slowenischen Verhandlungs-

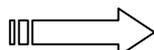
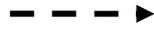
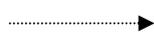
⁷ So waren beispielsweise zivilgesellschaftliche und unabhängige Experten explizit eingeladen an der Formulierung der Positionsentwürfe teilzunehmen.

struktur eine Vielzahl von Zentren, während die Fachministerien die Formulierung der Verhandlungspositionen leiteten.

Die durch das Außenministerium geführte Prozesskoordination stellte sich stellenweise als zu rigide heraus und zog die graduelle Herausbildung informeller Kommunikationskanäle, insbesondere zwischen den Ministerien und EU Gremien in Brüssel nach sich. Die Kontakte der slowenischen Mission bei der EU vereinfachte die schnelle Bearbeitung von EU Anforderungen und erfuhr nach dem Beitritt eine weitere Aufwertung.

Abbildung 2: Verhandlungsstruktur Sloweniens



-  Politikkoordination
-  Fluss der Verhandlungspositionen nach deren Annahme
-  Fluss der Verhandlungspositionen vor deren Annahme
-  formelle Kommunikation
-  informelle Kommunikation

Quellen: Fink-Hafner et al. 2002; Brusis et al. 2000; eigene Illustration.

Das ungarische Verhandlungsmanagement

Die ungarischen Beitrittsverhandlungen wurden von einem breiten innenpolitischen Konsens für den Beitritt zur EU getragen (Ágh et al. 2003). Nach einem Regierungswechsel im Jahr 1998 kristallisierte sich eine um das Außenministerium zentralisierte Verhandlungsstruktur heraus, an der zivilgesellschaftliche Gruppen nur in geringem Maße beteiligt waren (Payne 2003: 31).⁸ Die starke Stellung des Außenministers war im ungarischen Fall eine direkte Folge der häufigen Abwesenheit des Premierministers im Verhandlungsprozess. Das Kabinett diskutierte Verhandlungsfragen selten im Detail und der Regierungschef war nur in Angelegenheiten mit signifikanten Auswirkungen auf die Tagespolitik involviert.

Das Außenministerium koordinierte die vertikalen Beziehungen mit der EU, führte die Verhandlungsdelegation und berichtete der Regierung und dem Parlament während es gleichzeitig die zentralen Gremien des Verhandlungsmanagements leitete. Das ‚Staatssekretariat für Integration‘⁹, das wichtigste dieser Gremien, war zentral für die Vorbereitung von Regierungsentscheidungen wie auch für die Prozess- und Politikkoordination der Fachministerien befasst. Das ‚interministerielle Komitee für Europäische Integration‘, ein spiegelbildlich nach den Verhandlungskapiteln aufgebauter Rat von Staatssekretären, koordinierte die Arbeitsabläufe der höheren Beamten – mittelbar durch einen direkt dem Premierminister verantwortlichen Staatssekretär als Vorsitzenden.

Die Verhandlungsdelegation hatte die inhaltliche Führung der Verhandlungen inne und setzte sich aus Mitgliedern des Sekretariats und höheren Beamten der wichtigsten Ministerien zusammen. Im so genannten ‚Rat für Europäische Integration‘ konsultierte der Außenminister regelmäßig Vertreter der Gewerkschaften, der Arbeitgeber und der Wirtschaftskammer (The Hungarian Quarterly 2001). Alle Minister waren dazu verpflichtet, die betreffenden Wirtschafts- und Sozialpartner vor dem Formulieren einer Verhandlungsposition zu konsultieren.

Im Parlament wurde ein ‚Komitee für Europäische Integration‘ eingerichtet, das mit der Harmonisierung der ungarischen Gesetzgebung mit dem Acquis beauftragt war und vor der Verabschiedung einer Verhandlungsposition konsultiert wurde (Besseney Williams 2000: 13). Dem Komitee mangelte es an personeller Expertise und den finanziellen Ressourcen, um seine Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen zu können. Gleichzeitig war es eines der am wenigsten einflussreichen ständigen Komitees im Parlament. Die Absicht, das Gremium in ein Großkomitee umzuwandeln wurde von Premierminister Orbán abgelehnt (Ágh 1999: 843).

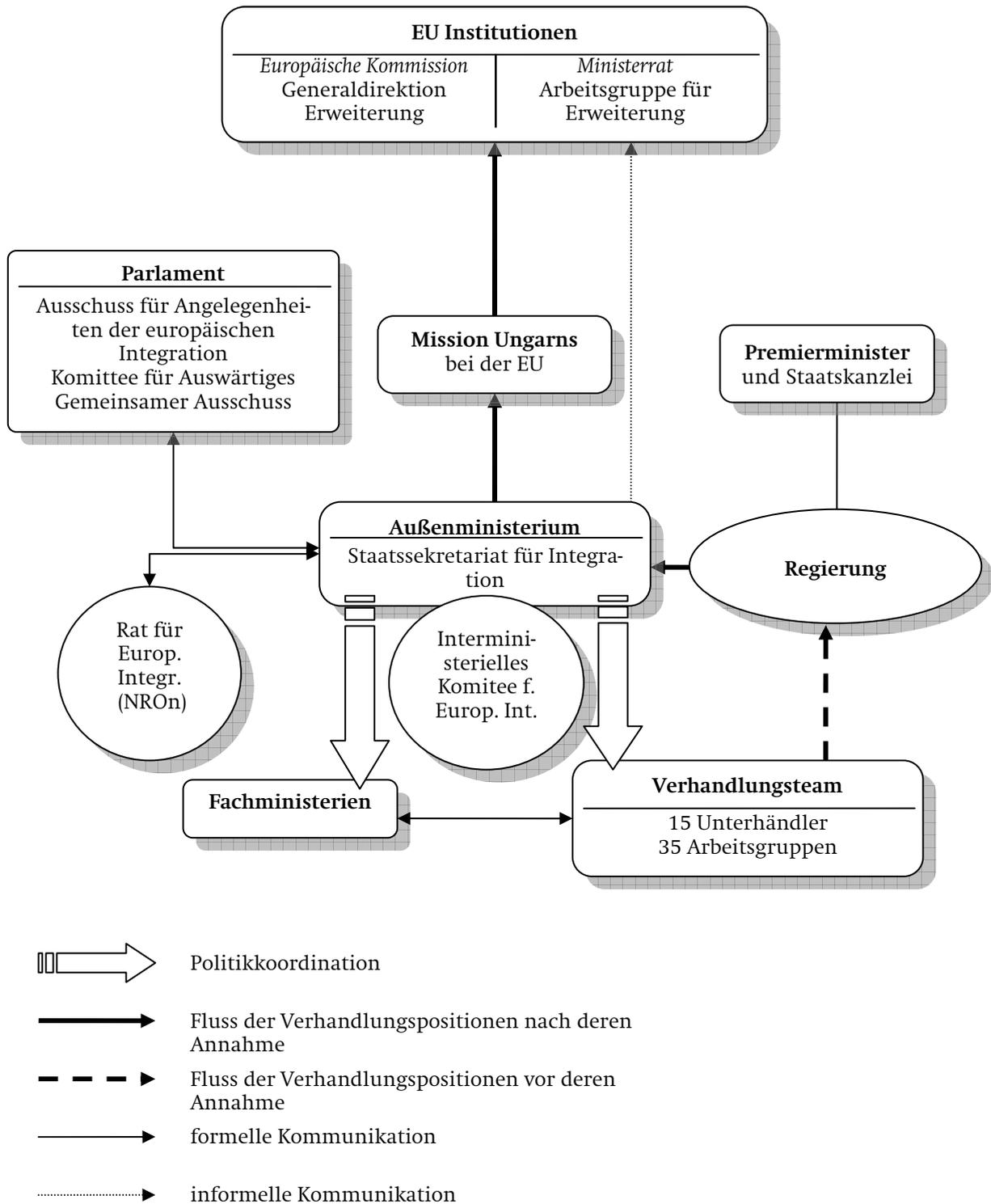
Das Sekretariat kanalisierte die Kommunikationsflüsse, um das „Sprechen mit einer Stimme“ zu gewährleisten und machte somit das Außenministerium zum Schlüsselakteur in den Verhandlungen. Gleichwohl war das Außenamt im Kabinett als eines unter mehreren Fachministerien weder autorisiert noch bemächtigt, in interministeriellen Konflikten zu

8 Die Darstellung bezieht sich nur auf die für die tatsächlichen Verhandlungen relevante Struktur unter Premierminister Orbán.

9 Diese wurde im Zuge der Verhandlungen im Jahr 2002 in Staatssekretariat für Integration und auswärtige Wirtschaftsbeziehungen umbenannt.

schlichten. Während hier die relative Abstinenz des Premierministers vom Verhandlungsalltag dem reibungslosen Ablauf eher abträglich war, trug sie andererseits zur Depolitisierung und Professionalisierung des Prozesses bei (Ágh 2003: 107).

Abbildung 3: Verhandlungsstruktur Ungarns



Quellen: Ágh et al. 2003; Brusis et al. 2000; eigene Illustration.

Das kroatische Verhandlungsmanagement aus Vergleichsperspektive

Die kroatische Verhandlungsstruktur ist, ähnlich dem ungarischen Management, hochzentralisiert und vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und europäische Integration dominiert (MAAEI; Vlada Republike Hrvatske 2005a). Die Struktur ist durch eine relativ kleine Anzahl von Akteuren mit weitgehenden prozeduralen und politischen Vollmachten charakterisiert.

Das MAAEI ist ein Amalgam des Außenministeriums und des ehemaligen Ministeriums für europäische Integration, die im März 2005 infolge eines unplanmäßigen Rücktritts des damaligen Außenministers in einer ad-hoc Entscheidung unter der Führung der amtierenden Europaministerin Kolinda Grabar-Kitarović vereinigt worden waren. In Expertengesprächen wurde deutlich, dass seit der Vereinigung die Koordinationsfähigkeit im Sinne der Führung der Fachministerien bei der Formulierung der notwendigen Gesetze nachließ. Weitere Kritiker führten an, dass die Organisation der Beitrittsverhandlungen durch das Außenministerium anstelle eines Europaministeriums die falsche politische Botschaft aussende (Experteninterview).

Die Rolle des Premierministers ähnelte bislang jener des slowenischen und des ungarischen Regierungschefs. Wie auch diese lässt sich der Kabinettschef auf der einmal wöchentlich stattfindenden Kabinettsitzung informieren und wird nur selten bei tagespolitischen Themen aktiv. Gleichwohl könnten die sich steigernde Verhandlungsdynamik und die wachsende Agenda den Ministerpräsidenten dazu veranlassen, sich stärker in den Prozess einzuschalten.

Die Ministerin spielt eine herausgehobene Rolle indem sie formell für die Verhandlungsführung verantwortlich ist. Die hierfür geschaffene ‚Staatsdelegation‘ ist weiterhin mit dem Chefunterhändler, dessen Stellvertretern und dem Vertreter Kroatiens bei der EU besetzt. Gleichzeitig sitzt sie dem zentralen Gremium der Politik- und Prozesskoordination nach innen („Koordinationskomitee“) vor. Das wöchentlich zusammentreffende Komitee setzt sich aus allen Ministern, dem Chefunterhändler und dem Unterhändler für das auf der Tagesordnung stehende Kapitel (ohne Stimmrecht) zusammen. Es ist für die Koordination des Verhandlungsteams sowie der Fachministerien verantwortlich und entscheidet mit relativer Mehrheit. Das Koordinationskomitee bearbeitet Probleme, für die auf der nächsthöheren Beamtenebene keine Lösung gefunden werden konnten (Experteninterview). Mit Blick auf die Erfahrungen aus Ungarn könnte dem MAAEI als einem von mehreren Fachministerien das Durchsetzungsvermögen fehlen, um in interministeriellen Auseinandersetzungen effektiv schlichten zu können.

Im Vergleich zu Ländern, die mit einer Politikkoordination auf der Ebene höherer Beamter und einer direkten Verbindung zum Premierminister arbeiteten, stellt ein Komitee auf Ministerebene keine ungewöhnliche Wahl dar. Eine politische Koordination kann gut in einem Umfeld breiter politischer Unterstützung funktionieren, jedoch aber auch sehr

leicht destabilisiert werden, falls dieser allgemeine Konsens infrage gestellt wird. Gleichzeitig sollte ein gewisser Grad politischer Kontrolle ausgeübt werden, denn "negotiations between bureaucracies do not necessarily contribute to the development of shared values as a basis for new governance structures" (Grabbe 2003: 4).

Das Sekretariat des Verhandlungsteams ist der zentrale Punkt der Prozesskoordination und sorgt in erster Linie für technische und administrative Unterstützung des Verhandlungsteams und der Arbeitsgruppen. Der Informationsfluss innerhalb des Verhandlungsteams wird strikt durch das Sekretariat geleitet, das auf Anfrage die gewünschten Ansprechpartner innerhalb der kroatischen Institutionen identifiziert und verbindet. Es fungiert somit als Vermittlungsstelle für horizontale, aber auch für vertikale Kommunikation mit den EU-Institutionen in Brüssel. Dieses System der umfassenden Kontrolle erwies sich in den slowenischen und estnischen Fällen als rigide und führte zu Zeitverzögerungen und anderen Schwierigkeiten in der Kommunikation zwischen der nationalen Administration und Beamten der EU. Der estnische Fall zeigte zudem, dass schwach ausgeprägte direkte Kontakte zwischen den einheimischen und den EU-Institutionen zu der Ausbildung von isolierten „Inseln der Exzellenz“ führen können, die für sich genommen zwar positiv sind, aber einen großen Anteil der Beamten vom Erfahrungsschatz der Verhandlungen ausschließen. Gleichwohl bilden sich jedoch bereits informelle Kommunikationskanäle heraus, sowohl innerhalb des Verhandlungsteams, wie auch zwischen der nationalen und der EU Administration, die das Sekretariat aus Zeit- und Effizienzgründen umgehen (Expertengespräch).

Die Fachministerien nehmen eine zwar indirekte aber durch ihre Expertise und dem hohen Umfang ihrer Vertreter in den Arbeitsgruppen durchaus machtvolle Position ein. Die meisten der höherrangigen Mitglieder des Verhandlungsteams rekrutieren sich aus der Staatsverwaltung. Von 15 Unterhändlern kommen elf aus staatlichen Institutionen, zwei aus dem Wissenschaftssektor und zwei von Interessengruppen. Unter den 35 Arbeitsgruppenleitern beläuft sich dieses Verhältnis auf 26:7:1, einer ist selbständig (Vlada Republike Hrvatske 2005c). Die Zahlen lassen vermuten, dass die Auswahl der Unterhändler weitestgehend durch die Mitgliedschaft im Staatsapparat motiviert wurde. In Expertengesprächen wurde zudem bestätigt, dass in einigen Fällen der Auswahl der Unterhändler oder Arbeitsgruppenleiter nicht persönliche Qualifikation, sondern persönliche Kontakte die entscheidenden Faktoren waren. Trotz der starken parteipolitischen Züge, die die Aufstellung des Verhandlungsteams trägt, wird es wahrscheinlich gelingen, Parteipolitik aus der Arbeit des Teams herauszuhalten. Gleichzeitig ist es jedoch insbesondere vor dem Hintergrund der im November 2007 anstehenden Parlamentswahlen fraglich, ob das Team seinereits aus parteipolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten werden kann.

In bezug auf die Integration von Interessengruppen, institutionalisierten alle hier betrachteten Länder zudem ein Gremium, in welchem Interessengruppen sowie Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen vertreten waren. Die Mitglieder dieser Gremien waren in ihren Handlungsfeldern in allen Fällen auf Überwachung, Dissemination und das Knüpfen von Kontakten in Brüssel beschränkt. In Kroatien sind Interes-

sengruppen nicht in einem speziellen Gremium organisiert, sondern entsendenden Repräsentanten in das im Parlament eingerichtete nationale Komitee für die Überwachung der Beitrittsverhandlungen mit der EU, ohne dort jedoch ein Stimmrecht ausüben zu dürfen. Obwohl Mitglieder von Interessengruppen auch Arbeitsgruppenmitglieder stellen, bekleiden sie jedoch bis auf die wenigen Ausnahmen unter den Arbeitsgruppenleitern und Unterhändlern eher technische Positionen.¹⁰

Das im Parlament eingerichtete ‚nationale Komitee‘ soll „Leitlinien“ für die Gestaltung der Verhandlungspositionen erarbeiten. Es setzt sich primär aus den Vorsitzenden der Komitees für Auswärtiges, für Europäische Integration und für interparlamentarische Kooperation, wie aus jeweils fünf Vertretern der Regierungs- und der Oppositionspartei zusammen und entscheidet einstimmig. Seine weiteren Mitglieder, die Vertreter des Staatspräsidenten, der akademischen Gemeinschaft, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisationen haben Beobachterstatus ohne Stimmrecht. Dem nationalen Komitee wird im Prozess der Positionsformulierung zwar ein beratendes, aber kein entscheidendes Votum eingeräumt. Das Fehlen einer unabhängigen technischen Unterstützung erschwert zudem das strukturieren und ausbalancieren der dem Komitee zugeleiteten Berichte. Für die Zukunft ist die Schaffung von fünf weiteren Vollzeitstellen geplant (Experteninterview). Jedoch wird auch diese Aufstockung kaum den Unterstützungsbedarf für die 20 Abgeordneten decken können. Der ehemalige Vorsitzende kritisierte zudem, dass dem Komitee nur ‚regierungsamtlich bewilligte‘ Informationen zugeleitet würden (Šarić 2006), auf Grundlage derer das Gremium keine unabhängig kontrollierende Funktion erfüllen könne.

Das Symptom der schwachen Kontrollfunktion des Parlaments wird diametral durch die dominante Stellung des MAAEI widerspiegelt. Die Struktur des Verhandlungsteams ist auf die Notwendigkeit eines künstlich verknappten Zeitplans hin ausgelegt worden, der eine weitreichende Diskussion potentiell kontroverser Themen nicht erlaubt. Dagegen stehen die Erfahrungen, dass sich Flexibilität (Estland) und Offenheit (Slowenien) als wichtige Faktoren für erfolgreiche Verhandlungen erwiesen. In diesem Kontext mag die Leistungsfähigkeit eines Verhandlungsteams wie das Sloweniens überraschen, das trotz eines Vetorechts des Parlaments Verhandlungspositionen relativ schnell bearbeitete, während der Entscheidungsprozess in der kompakten Struktur Ungarns vergleichsweise lange dauerte (Payne 2003: 33).

10 Gemäß einem Bericht des Chefunterhändlers an die Regierung (Vlada Republike Hrvatske 2005b: 2), sind von 1591 Mitarbeitern in den Arbeitsgruppen 701 nicht gleichzeitig im Staatsdienst angestellt. Eine genauere Aufschlüsselung nach institutioneller Herkunft der Mitarbeiter war nicht verfügbar.

Tabelle 1: Schlüsselmerkmale der untersuchten Verhandlungsstrukturen im Vergleich

	Estland	Slowenien	Ungarn	Kroatien
Einbezug des Parlaments	schwach	stark	schwach	schwach
Einbezug von Interessengruppen	schwach	stark	medium	schwach
Verantwortliche Person im Kabinett	Premier- und Außenminister	'Europaminister' (ohne Ressort)	Außenminister	Außenminister
Politikkoordination	Verhandlungsbüro und Büro für europäische Integration	Regierungsbüro für europäische Angelegenheiten	Staatssekretariat für Integration	Koordinationskomitee
Prozesskoordination	Verhandlungsbüro			Sekretariat des Verhandlungsteams
Koordinationsgremium auf der Ebene leitender Beamter	Rat leitender Beamter	Regierungsbüro für europäische Angelegenheiten	Interministerielles Komitee für Europäische Integration	EU-Koordination der höheren Beamten (informell)
Status des Chefunterhändlers	Vizegeneralsekretär im Außenministerium	Direktor eines wissenschaftlichen Instituts	Leiter der Mission Ungarns bei der EU	Unterhändler in der Mission Kroatiens bei der EU
Anzahl der Unterhändler	15 Unterhändler	11 Unterhändler	18 Unterhändler	15 Unterhändler
Anzahl der Arbeitsgruppen	33 Arbeitsgruppen	31 Arbeitsgruppen	31 Arbeitsgruppen	35 Arbeitsgruppen
Unterstützende Strukturen	Task Force für Beitrittsverhandlungen im Außenministerium	Unterkomitees, geleitet von 9 Staats- oder Unterstaatssekretären	Task Force für Integrationsstrategie (unabhängiges Beratergremium)	Sekretariat des Verhandlungsteams

Quellen: Lippert 2001; Brusic et al. 2000; Expertengespräche.

Die Folgen für das Parlament: Beitritt um jeden Preis?

Wie eingangs angedeutet stehen die Normen *Beitrittsgeschwindigkeit*, *parlamentarisch-demokratische Kontrolle* und *Einbindung von Interessenvertretern* in einem gegenseitigen Spannungsverhältnis. Zur Auflösung dieser Spannung soll in diesem Abschnitt nach der Sinnhaftigkeit eines möglichst schnellen Beitritts gefragt und die damit einhergehende mangelnde demokratische Kontrolle problematisiert werden.

Der Aufbau der kroatischen Verhandlungsstruktur spiegelt die Prioritäten der Integrationsstrategie wider, die im Kontext der Abwahl der autokratischen Tudjman-Regierung im Jahr 2000 auf eine extrem kurze Verhandlungsphase ausgelegt war. Seitdem haben sich die Parameter jedoch deutlich verschoben. Während im Jahr 2000 die Aussicht der EU gemeinsam mit Bulgarien und Rumänien beizutreten ein zwar ambitioniertes, jedoch durchaus erreichbares Ziel darstellte, war diese Option zum Zeitpunkt der Einberufung des Verhandlungsteams bereits nicht mehr realistisch.

Zudem bevorzugt es die kroatische Regierung derzeit, den breiten EU-Skeptizismus in der Bevölkerung zu ignorieren und auf einen Schwungefekt während der Verhandlungsphase zu hoffen. Im Rückblick auf die letzte Erweiterungsrunde zeigt sich jedoch, dass die konkret werdenden Reformen die Bevölkerung in steigendem Maße beanspruchen. Während im Jahr 2000 die öffentliche Unterstützung für einen EU-Beitritt noch groß war, zeigen Umfragen seit geraumer Zeit eine tendenziell ablehnende Stimmung.¹¹ Dies ist vor dem Hintergrund des in einigen Ländern Mittel- und Osteuropas wachsenden EU-Skeptizismus zum Ende der Verhandlungsphase umso bedenklicher. Insofern sollte die durchaus realistische Option eines negativen Beitrittsreferendums, wie dies beispielsweise in Norwegen geschah, in Betracht gezogen werden. Nichtsdestotrotz planen Regierung und Parlament, der EU in einem bisher nicht da gewesenen Tempo beizutreten.¹²

Die Fokussierung auf einen schnellen Beitritt beruht auf der Annahme, dass ein langsames Tempo den gesamten Transformationsprozess gefährden könnte. Gleichzeitig wird bessere Bündelung der Kräfte erwartet, wenn es gilt ein ambitioniertes Ziel zu erreichen. Gleichwohl hat sich bisher eher gezeigt, dass gerade kleinere Länder oftmals nicht die notwendigen Kapazitäten besitzen, den knappen Zeitplan einzuhalten und gleichzeitig qualitativ ausreichende Gesetze zu formulieren. Dies hat sich im Falle Kroatiens im Hinblick auf Probleme der federführenden Ministerien bei der Ausarbeitung der entsprechenden Harmonisierungs Gesetze und deren „Durchleitung“ im Parlament bereits bestätigt. Im Falle Estlands waren zudem „the overload and time pressure [...] major reasons for the poor quality of legislation and insufficient policy analysis“ (Raik

11 Nur 32% der befragten kroatischen Bevölkerung beantwortete die Eurobarometerfrage „Wäre Kroatiens Mitgliedschaft in der EU eine gute Sache“ im Dezember 2006 bejahend (vgl. [Eurobarometer 66](#) (Umfrage von Oktober/ November 2006)).

12 Die Regierung erwartet von sich, die Verhandlungen aufgrund von der Auswertung von Erfahrungen der ehemaligen Kandidaten der letzten Beitrittsrunde schneller abzuschließen.

2004: 588), während Ágh (1998) das Management des EU-Beitritts der mittel- und osteuropäischen Länder als “a typical case of state or government overload” einschätzt.

Die Exekutive hat infolge der Widrigkeiten des Transformationsprozesses, aber auch durch die quasi-autoritäre Herrschaft der Tudjman-HDZ¹³ eine gegenüber dem Parlament nach wie vor dominierende Stellung. Der zugrunde liegende Zielkonflikt zwischen der Fixierung auf Schnelligkeit einerseits und parlamentarisch-demokratischer Kontrolle andererseits drückt sich in einer weiteren Stärkung der regierungsseitigen Dominanz des Verhandlungsprozesses aus, der somit zur “hour of the executive” wird (Lippert et al. 2001: 994). Insofern kann durchaus von einem Quasi-Export des Demokratiedefizits der EU-Ebene gesprochen werden, der sich unterschwellig durch den entsprechenden Anpassungsdruck auf das Kandidatenland auswirkt.¹⁴

Dieser Problematik wurde mit der Einrichtung des nationalen Komitees im Parlament nur teilweise entsprochen.¹⁵ Da das Parlament in den Verhandlungen jedoch nicht über ein Vetorecht verfügt und außerhalb der öffentlichen Debatte keine effektiven Kontrollmechanismen besitzt, fügt es sich in die traditionell marginalisierte Position im politischen System Kroatiens ein (Zakošek 2002: 90). Während ältere Mitgliedsstaaten schrittweise Mechanismen der nationalen parlamentarischen Kontrolle ihrer Regierungen als Reaktionen auf die ebenso schrittweise fortschreitende Vertiefung der europäischen Integration aufbauen konnten, kann die Veränderung der Balance im politischen System Kroatiens mit der Reichweite und Geschwindigkeit der Integration nicht Schritt halten.¹⁶

Gleichzeitig kann eine schwach ausgeprägte Verantwortlichkeit der Parlamentarier zur Versuchung führen, Verhandlungsinhalte übermäßig parteipolitisch aufzuladen. Die augenscheinliche Stärke des nationalen Komitees – seine überwiegende Zusammensetzung aus Spitzenpolitikern – könnte somit zu seiner größten Schwäche werden. Insbesondere im Vorfeld der Parlamentswahlen werden Politiker kaum die attraktiven Profilierungsmöglichkeiten in der vorgeblichen Vertretung „nationaler Interessen“ auslassen, wenn sie für deren Umsetzung nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Dies könnte durch die Konstruktion des nationalen Komitees als „Debattierklub“ mit beschränktem Zugang zu unabhän-

13 „Hrvatska demokratska zajednica“, zu deutsch „kroatische demokratische Union“.

14 Die Mechanismen für diesen Export sind ‚Emulierung‘ (oder auch ‚kopieren‘ von EU-Institutionen), oder direkte Folgen von EU-Auflagen („Konditionalität“). Ein Beispiel für eine Mischung aus beiden sind die Institutionen, die das Stabilisierungsabkommen zwischen der EU und Kroatien lenken. Das leitende Hauptgremium ist der Stabilisierungs- und Assoziationsrat (das politische Entscheidungsgremium, in dem hochrangige Gesandte der Exekutive vertreten sind) und das Stabilisierungs- und Assoziierungskomitee (Beamte der entsprechenden Ministerien), während das dritte Gremium, der gemeinsame Parlamentssausschuss dem Assoziationsrat lediglich nicht-bindende Vorschläge machen kann.

15 Der Parlamentsentscheid über die Einrichtung des nationalen Komitees wurde wenige Minuten nach Beginn einer abendlichen Parlamentsdebatte gefällt. Während einer fünfzehn-Minuten Pause trafen sich die Parteichefs, der Premierminister, der damalige Außenminister und der Chefunterhändler um eine schnelle Entscheidung auszuhandeln. Damit wurde auch die Bitte einiger Abgeordneter konterkariert, dieses Thema in einer neuen Sitzung ausführlicher zu diskutieren (Hrvatski Sabor 2005c).

16 Der neue Grundlagenvertrag sieht dazu vor, dass zumindest die formalen Mitwirkungsrechte des Sabor in EU-Angelegenheiten mit dem Beitritt entscheidend aufgewertet würden. Neben den einzelnen Bestimmungen, die in den jeweiligen Politikfeldern gelten, enthält der Vertrag ein Protokoll zur Rolle der nationalen Parlamente in der EU, das die direkte Zuleitung einer Vielzahl von EU-Dokumenten an die nationalen Parlamente, die Teilnahme an einer ersten Lesung von EU-Vorschlägen und eine Subsidiaritätskontrolle vorsieht, die ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) miteinschließt. Dies setzt auf kroatischer Seite selbstverständlich die Annahme zugehöriger Durchführungsbestimmungen, wie auch einen entsprechenden Mitarbeiterstab voraus.

giger Expertise und der Verpflichtung, Einstimmigkeit zu erzielen noch verstärkt werden.

Das Konfliktpotential zeigte sich bereits in den politischen Zusammenstößen zwischen den beiden großen Parteien.¹⁷ Insofern scheint es zweifelhaft, dass parteipolitische Konflikte um die Beitrittsverhandlungen nicht über das Komitee ins Parlament transportiert werden. Die ohnehin vorherrschende Perzeption des Parlaments in der Bevölkerung als „Gesetzverabschiedungsmaschine“ und „Skandalisierungsarena“, könnte zu einer weiteren Verstärkung der Parteiverdrossenheit führen. Neueste Untersuchungen legen in diesem Zusammenhang nahe, dass der EU-Skeptizismus unter der kroatischen Wählerschaft zu einem signifikanten Teil auf Misstrauen in die eigenen nationalen Institutionen zurückgeführt werden kann – und hier vor allem ins Parlament (Štulhofer 2007).

Im Lichte dieser Argumente, sollten Modifikationen des Verhandlungsmanagements erwogen werden, die die folgenden Elemente haben könnten:

- *Abkehr von einer „so schnell wie möglich“ zu einer „so vorbereitet wie möglich“ Strategie.* So motivierend eine ambitionierte Zielvorgabe auch sein mag, so sehr scheint sie im Augenblick sowohl die Bevölkerung als auch die EU überzustrapazieren. Zudem sollte die politische Elite Kroatiens das aus der Beitrittsphase resultierende „window of opportunity“ im eigenen Interesse aufrechterhalten und nutzen. Beispiele aus Polen, der Slowakei und Ungarn zeigen in diesem Zusammenhang, dass durch das Abarbeiten des Anforderungskataloges der EU nach den Verhandlungen gleichsam die Zielgerichtetheit nationaler Politik und der überparteiliche Konsens schwinden können (s. Lang 2007: 4). Eine Kürzung dieser Periode bedeutet, dass weniger Zeit für Reformdesign, Sequenzierung und Implementierung bleibt.
- *Abkehr von einem „top-down“ zu einem „bottom-up“ Ansatz* durch die Installation eines parlamentarischen Vetopunktes. Legitimation bedeutet Kontrolle der Bevölkerung über politische Prozesse und ihre Inhalte – eine Kontrolle, die „substantive rather than symbolic“ sein sollte (Dryzek, 2000: 79ff.). Ein Parlament mit einer effektiven Übersicht über die Regierungsarbeit in den Verhandlungen könnte den großen Teil der EU-skeptischen Bevölkerung durch seine Repräsentations- und Artikulationsfunktion in den politischen Prozess reintegrieren. Nicht zuletzt wirkt dieser Ansatz möglichen polarisierungsfördernden Tendenzen im Vorfeld der Wahlen insofern entgegen, als er die Abgeordneten dazu verpflichtet, ihren Worten Taten folgen zu lassen.
- *Internalisierung von EU-Angelegenheiten.* Im politischen System Kroatiens wird Europäische Integration immer noch wie ein klassisches Feld der Außenpolitik behandelt, wo traditionellerweise wenig oder gar keine legislative Kontrolle ausgeübt wird und die Rolle des Parlaments hauptsächlich auf die Ratifikation zwischen-

17 Hier seien die mehrfachen Ankündigung des ehemaligen Oppositionsführers, sich aus dem nationalen Komitee zurückzuziehen und das Gremium somit lahm zu legen zu beachten.

staatlicher Verträge beschränkt bleibt. Wie die oben angeführten Erfahrungen jedoch zeigen, sind europäische gleichzeitig auch innenpolitische Themen. Insofern sollte das nationale Komitee im Parlament zu einem Großkomitee mit öffentlichen Sitzungen, sektorspezifischen Unterausschüssen und adäquaten analytischen Ressourcen aufgewertet werden.

- *Überdenken der strikten Kontrolle der Politik- und Prozesskoordination.* Eine flexiblere und transparentere Verhandlungsstruktur könnte durch eine systematische Einbindung von Interessenvertretern und Wissenschaftlern die Bedingungen für einen ausgewogenen Kompromiss in bezug auf die Verhandlungen zur Position des eigenen Landes entscheidend verbessern. Eine weniger rigide Prozesskoordination könnte der Entstehung von 'islands of excellence' vorbeugen. Gleichzeitig sollte jede informelle Kommunikation aufgezeichnet werden, um mögliche Informationsverluste zu vermeiden.

Literatur

- Ágh, Attila 1999: The Hungarian approach to EU accession, in: *Journal of Public Policy*, 6(5) December.
- Ágh, Attila 2003: *Anticipatory and adaptive Europeanization in Hungary*, Budapest.
- Ágh, Attila/Áprád Rózsás 2003: *The Europeanisation of the Hungarian Core Executive*, Occasional Paper 5.1 – 09.03. *Managing Europe From Home*, Budapest.
- Anderson, Christopher J./ Christine A. Guillory 1997: *Political Institutions and Satisfaction with Democracy: A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems*, in: *American Political Science Review*, 91(1), pp.66–81.
- Beichelt, Timm 2003: *Die EU-Osterweiterung: eine Bürde für Repräsentation und Legitimation in den Beitrittsländern? [EU-Eastern Enlargement: A burden for representation and legitimacy in the accession countries?]*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* (34), pp. 257-70.
- Bessenyei Williams, Margit 2000: "Exporting the Democratic Deficit"? Hungary's Experience with European Integration. Paper presented at the Conference of Europeanists Bi-Annual Conference, March 30 – April 11, Chicago.
- Brusis, Martin/ Janis A. Emmanouilidis 2000: *Negotiating EU Accession: Policy Approaches of Advanced Candidate Countries from Central and Eastern Europe*, Munich.
- Commission (Commission of the European Communities) 2002: *Towards the Enlarged Union. Strategy Paper and Report of the European Commission on the progress towards accession by each of the candidate countries (COM (2002) 700 final)*, p. 13, Brussels.
- Commission (Commission of the European Communities) 2005a: *Proposal for a Council Decision on the Principles, Priorities, and Conditions contained in the Accession Partnership with Croatia*. {SEC (2005) 1424}, Brussels.
- Commission (Commission of the European Communities) 2005b: *Communication from the Commission. 2005 enlargement strategy paper*. COM (2005) 561, Brussels.
- Davis, Glyn 1997: *Executive Coordination Mechanisms*, in: Patrick Weller/ Herman Bakvis/ R.A.W. Rhodes: *The Hollow Crown. Countervailing Trends in Core Executives*, Houndsmill.
- Delegation of the European Commission to the Republic of Croatia 2005: *Accession negotiations: From screening to end game*. Presentation for the Seminar of the DG Enlargement in Zagreb, 1-2 December 2005, Zagreb.
- Dryzek, John S. 2000: *Deliberative Democracy and Beyond: Liberals, Critics, Contestations*, Oxford.
- Drechsler, Wolfgang/ Rainer Kattel/ Merike Kompus-van der Hoeven/ Leno Saarnit 2002: *The Europeanisation of the Estonian Core Executive*, Occasional Paper 2.1 – 09.03. *Managing Europe From Home*, Tartu.
- European Council 1999: *Conclusions of the Presidency*. European Council, June 3-4 1999, Cologne.
- European Parliament 2006: *European Parliament resolution on the Commission's 2005 enlargement strategy paper (Provisional Edition: P6_TA-PROV(2006)0096)*, Strasbourg.
- Fink-Hafner, Danica/ Damjan Lajh 2002: *Managing Europe From Home. The Europeanisation of the Slovenian Core Executive*, Occasional Paper 6.1 – 09.03. *Managing Europe From Home*, Ljubljana.
- Føllesdal, Andreas 2004: *Legitimacy Theories of the European Union*. Arena Working Papers WP 04/15, Oslo.
- Grabbe, Heather 1999: *A Partnership for Accession? The Implications of EU Conditionality for the Central and East European Applicants*. Robert Schuman Centre Working Paper 12/99, European University Institute, Florence.

- Grabbe, Heather 2001: How does the Europeanisation affect CEE Governance? Conditionality, Diffusion and Diversity, in: *Journal of Public Policy*, 8(4), pp. 1013-1031.
- Grabbe, Heather 2003: The Implications of EU Enlargement, in: Stephen White/ Paul Lewis/ Judy Batt (ed.): *Developments in Central and Eastern European Politics 3*, Palgrave.
- Hrvatski Sabor 2005a: Odluka o osnivanju Nacionalnog odbora, Zagreb. <http://www.sabor.hr/default.asp?gl=200506060000004>, visited 27.06.2005
- Hrvatski Sabor 2005b: Izjava Hrvatskoga sabora i Vlade Republike Hrvatske o zajedničkom djelovanju u procesu pregovora za članstvo u Europskoj Uniji, Zagreb. <http://www.sabor.hr/default.asp?gl=200502020000001>, visited 27.06.2005
- Hrvatski Sabor 2005c: Rasprave po točkama dnevnog reda. Prijedlog odluke o osnivanju Nacionalnog odbora - Predlagatelj: Predsjedništvo Hrvatskoga sabora. Saziv V, Sjednica 12, 19.01.2005, Zagreb.
- Hungarian Quarterly, The 2001: Getting Closer to EU Membership. An Interview with Endre Juhász, Ambassador of Hungary to the EU and Chief Negotiator for Accession, 42(163).
<http://www.hungarianquarterly.com/no163/1.html>, visited 12.01.2006
- Laffan, Brigid 2003: Impact of the EU on Executive Government. A Comparative Analysis. *Managing Europe From Home*, Dublin.
- Lajh, Damjan 2003: Negotiating European Issues, National Strategies and Priorities. The Abolition of Duty Free Shops, the Slovenian Negotiations. Occasional Paper 6.2-11.03, *Managing Europe From Home*, Ljubljana.
- Lang, Kai-Olaf 2007: Beitrittskater und posttransformative Depression. Ostmitteleuropas innenpolitische Wirrungen. *SWP-Aktuell 2007/A 19*, März 2007.
- Liha, Aida/ Predrag Rugan 2004: Pripreme za pregovore o punopravnom članstvu u EU. Osvrt na međunarodnu konferenciju „Negotiating EU Accession: Which Road for Croatia“ 18.11.2004, Zagreb.
- Lippert, Barbara/ Gaby Umbach/ Wolfgang Wessels 2001: Europeanization of CEE executives: EU membership negotiations as a shaping power, in: *Journal of European Public Policy* 8:6 December: 980-1012.
- MFAEI (Ministry of Foreign Affairs and European Integration) 2006: National Programme for the Integration of the Republic of Croatia into the European Union, Zagreb.
- Ott, Katarina (Hrsg.) 2007: Croatian Accession to the European Union. Challenges of Participation, Zagreb.
- Pálvölgyi, Tímea/ Árpád Rózsás 2003: Negotiating European Issues. National Strategies and Priorities. Free Movement of Capital. Hungarian Negotiations, Occasional Paper 5.2 - 11.03. *Managing Europe From Home*, Budapest.
- Payne, Diane 2003: Negotiating European Issues. National Strategies and Priorities. A Comparative Analysis. *Managing Europe From Home*, Dublin.
- Raik, Kristi 2004: EU Accession of Central and Eastern European Countries: Democracy and Integration as Conflicting Logics, in: *East European Politics and Societies*, 18(4), pp. 567-594.
- Raunio, Tapio 2005: Holding Governments Accountable in European Affairs: Explaining Cross-National Variation, in: *Journal of Legislative Studies*, 11(3/4), pp. 319-342.
- Rüb, Friedbert W. 2001: Schach dem Parlament, Opladen.
- Šarić, Mladenka 2006: EU poslužila za političke obrane, in: *Večernji List*, 29.03.2006, Zagreb.
- Scharpf, Fritz 1996: Economic Integration, Democracy and the Welfare State. MPIfG Working Paper, No.2.
- Štulhofer, Aleksandar 2007: Euroscepticism in Croatia: On the Far Side of Rationality?, in: Ott, Katarina (Hrsg.): *Croatian Accession to the European Union*, Zagreb, pp. 141-160.

Tsebelis, George 2002: Veto Players: How Political Institutions Work, Princeton.

Vlada Republike Hrvatske 2005a: Odluku o uspostavljanju strukture za pregovore o pristupanju Republike Hrvatske Europskoj Uniji (NN, br. 49/ 2005). <http://www.nn.hr/clanci/sluzbeno/2005/0950.htm>, visited 25.06.2005

Vlada Republike Hrvatske 2005b: Izvješće o tijeku pregovora o pristupanju Republike Hrvatske Europskoj uniji, Zagreb.

<http://www.vlada.hr/Download/2005/12/22/132-01.pdf>, visited 12.01.2006

Vlada Republike Hrvatske 2005c: Odluku o imenovanju članova državnog izaslanstva Republike Hrvatske za pregovore o pristupanju Republike Hrvatske Europskoj Uniji, članova pregovaračke skupine za vođenje pregovora o pristupanju republike Hrvatske Europskoj Uniji, voditelja radnih skupina za pripremu pregovora po pojedinim poglavljima pregovora – pravne stečevine Europske Unije, članova ureda glavnog pregovarača i članova tajništva pregovaračke skupine (NN, br. 49/ 2005).

<http://www.nn.hr/clanci/sluzbeno/2005/0951.htm>, visited 25.06.2005

Zakošek, Nenad 2002: Politički sustav Hrvatske, Zagreb.